

Biofeudalismus

»30x30« – unter diesem Label vermarkten die Vereinten Nationen ihr Biodiversitätsziel. Danach sollen 30 Prozent des Planeten bis 2030 als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden. Bei genauerer Betrachtung der organisatorischen Hintergründe erhärtet sich allerdings rasch der Verdacht, dass es den Akteuren nicht um Naturschutz geht, sondern um die Privatisierung – beziehungsweise Enteignung – planetarer Gemeinschaftsgüter.



Wie in meinem [Artikel](#) »Der letzte Raubzug« beschrieben, schuf die »Protected Class«, die »systemrelevante« Klasse, während der zurückliegenden Dekaden die legislativen Rahmenbedingungen, um Privathaushalte, Wirtschaft und Volksvermögen im Zuge des nächsten Finanzcrashs, der Implosion der »allumfassenden Marktblase« zu enteignen. Ganz legal. Die Ausmaße

dieser auf uns zustürmenden Disruption sind ob ihrer Umfänglichkeit kaum vorstellbar. Die schlechte Nachricht: Sollbruch-Clearinggesellschaften, Single Resolution Board und ein digitalisiertes Weltfinanzsystem markieren noch nicht das Ende der Fahnenstange. Denn die geschützte Klasse hat natürlich auch Vorkehrungen getroffen, um jener Werte habhaft zu werden, die eigentlich niemandem gehören – der »planetaren [Gemeinschaftsgüter](#)«. Wälder, Seen, Flüsse, Ozeane und Atmosphäre.

Diese galten bislang als Güter, die allen und niemandem gehören und demnach von jedermann genutzt werden können. Planetare Gemeinschaftsgüter sind demzufolge von sogenannten öffentlichen Gütern abzugrenzen, die sich auf sozialstaatliche Strukturen beziehen. Zum Status quo öffentlicher Güter [kommunizierte](#) die zuständige Kommission der Heinrich-Böll-Stiftung im Jahr 2015 (S. 27 - 28):

»Die im Jahr 1800 von Napoleon in den französisch besetzten Teilen Deutschlands erlassene Munizipalverfassung (...) schuf auf politisch-institutioneller Ebene die Voraussetzungen für die Entwicklung einer kommunalen Daseinsvorsorge. Diese war von der Vorstellung geprägt, dass die öffentliche Hand für die Bereitstellung bestimmter Güter verantwortlich ist. (...) Erst als man Erfahrungen mit Marktversagen bei der Bereitstellung öffentlicher Güter machte, (...) begann man, diese neuen Märkte zu regulieren. Public-Privat-Partnerships, also Betreibermodelle, die auf langfristigen Verträgen zwischen der öffentlichen Hand und privaten Anbietern beruhen, fanden damals eine erste weite Verbreitung. (...) Besonders weitgehende Vorstellungen von der Regulierung hat der Munizipalsozialismus entwickelt. Inspiriert von der englischen Fabian Society, prägte er die

politische Debatte in Deutschland ab den 1890er Jahren. Sein politisches Programm fokussierte sich auf die Versorgung der Bevölkerung mit einem umfassenden Angebot an Infrastrukturleistungen zu annehmbaren Preisen; sein langfristiges Ziel (...) war die Einführung des Sozialismus über den Weg der Gemeindepolitik. (...) Eine mangelhafte Fähigkeit der öffentlichen Träger, sich zeitnah auf sich verändernde Bedürfnisse der Benutzerinnen und Benutzer einzustellen, sowie die Bürokratisierung ihres Apparates ließen ihre Akzeptanz in der Bevölkerung schwinden. Die Lösung dieser Probleme schien in der Privatisierung und Kommerzialisierung öffentlicher Güter zu liegen. Dass man in der Kooperation mit privaten Unternehmen im Rahmen von Public-Private-Partnerships oder im Verkauf öffentlicher Einrichtungen an private Eigentümer zugleich einen Beitrag zur Bewältigung der strukturellen Krise der kommunalen Finanzen erblickte, erleichterte die Durchsetzung der neuen Organisationsmodelle.«

Diese »neuen Organisationsmodelle« kennen wir bereits. Sie dominieren die Global Governance, nutzen politische Theoreme wie Konservatismus, Libertarismus oder Sozialismus als sozialarchitektonischen Hebel zur Einführung zentralistischer Kollektivismen. Diese wiederum tragen alle Merkmale des Feudalismus – der seinen Elfenbeinturm aber nur noch im Gewand des heilversprechenden Weltenretters verlässt, um dem Pöbel ein paar gefällige Handbewegungen und Satzfragmente zuzuwerfen. Und wie es sich für Feudalherren geziemt, geht es auch der postmodernen Variation dieses Herrschaftsmodells um nichts anderes als absolute Macht. Dementsprechend lösten die legislativen Vorbereitungen für die »große Enteignung« bei mir weniger Überraschung aus als einen gewissen Respekt für die Perfidität und Diskretion, mit der solch ein großer Wurf unbeachtet von der Öffentlichkeit vorbereitet werden konnte.

Nun könnte man in Anbetracht der Natur planetarer Gemeinschaftsgüter – Wälder, Seen, Flüsse, Ozeane und Atmosphäre – versucht sein anzunehmen, dass zumindest diese der Bevölkerung noch zur Verfügung stünden, sollte der nächste Crash sie ihr Hab und Gut kosten. Weit gefehlt. Denn gerade auf diesem Sektor ist die Parasitärkaste schon viel länger aktiv.

»Aufgrund seiner einzigartigen Natur und der entscheidenden Rolle, die es bei der Besiedlung durch Menschen spielt, kann Land nicht als gewöhnliches Gut behandelt werden, das von Einzelpersonen kontrolliert wird und dem Druck und der Ineffizienz des Marktes ausgesetzt ist. Privater Landbesitz ist auch ein wichtiges Instrument der Anhäufung und Konzentration von Reichtum und trägt daher zur sozialen Ungerechtigkeit bei. Wenn er nicht kontrolliert wird, kann er zu einem großen Hindernis bei der Planung und Umsetzung von Entwicklungsplänen werden«, erklärten die Vereinten Nationen (UN) im Rahmen ihrer Konferenz zu Siedlungsfragen, die vom 31. Mai bis zum 11. Juni 1976 in Vancouver (Kanada) stattfand.

»UN-Treffen fordert Einschränkung des privaten Landbesitzes«, titelte die [New York Times](#) diesbezüglich am 12. Juni 1976 und zitierte die vorangestellte Passage.

Schon vier Jahre zuvor, vom 5. bis zum 16. Juni 1972, organisierte die UN in Stockholm (Schweden) eine [Konferenz](#) zu Fragen »über die Umwelt des Menschen«. Als [Ergebnis](#) dieses Meetings entstand schon am ersten Tag des Zusammentreffens das »United Nations Environment Programme« ([UNEP](#)), das Umweltprogramm der Vereinten Nationen, das sich fortan auf supranationaler Ebene für Arten- und Umweltschutz einsetzen sollte. Die entsprechenden Bemühungen der Mitgliedsstaaten ließen nach Ansicht der UN-Oberen jedoch zu wünschen übrig. Daher wurde im Jahr 1983 die [Brundtland Kommission](#) ins Leben gerufen, benannt nach der vom damaligen UN-Generalsekretär eingesetzten Leiterin der neuen UN-Unterorganisation, Gro Harlem Brundtland. Brundtland studierte an der Harvard University, war zwischen 1981 und 1996 drei Mal [Premierministerin](#) von Norwegen, von 1998 bis 2003 [Direktorin](#) der Weltgesundheitsorganisation (WHO), Vorsitzende diverser Gremien zum Thema Klimawandel und wurde bereits in deren Gründungsjahr in eine handverlesene [Gruppe](#) namens »The Elders« [aufgenommen](#) – die Ältesten – die 2007 von [Nelson Mandela](#) initiiert wurde und sich nach eigenem Ermessen aus »unabhängigen globalen Führungspersönlichkeiten« zusammensetzt, die »gemeinsam für Frieden, Gerechtigkeit, Menschenrechte und einen nachhaltigen Planeten eintreten.«

Was von diesen Wohlfühlbonmots zu halten ist, illustriert der Umstand, das Gro Harlem Brundtland den [Bilderberg Konferenzen](#) beiwohnt und regelmäßig bei der [Münchener Sicherheitskonferenz](#) zu Gast ist. Darüber hinaus war und ist Brundtland sehr aktiv im Bereich Biosicherheitsdoktrin. So nahm sie bereits 2005 an der von der Johns Hopkins University ausgerichteten Krisensimulation [Atlantic Storm](#) teil, die sich mit transatlantischen [Reaktionen](#) auf einen Biowaffenangriff auseinandersetzte und diesem mit der Militarisierung des Gesundheitswesens sowie Massenimpfungen zu begegnen suchte. 2019 war Brundtland Teilnehmerin von [A Spreading Plague](#), einem international besetzten [Krisenplanspiel](#), das sich mit der »Führung, Kontrolle und Koordinierung einer internationalen Reaktion auf ein ungewöhnliches und sich rasch ausbreitendes biologisches Ereignis« befasste. [Multipolar](#) thematisierte das Event im Juli 2021 unter dem Titel »Wie der Lockdown nach Deutschland kam«. Und vom 14. bis 16. Februar 2020 war Brundtland zu Gast bei »Preventing Global Catastrophical Biological Risks«, einer ähnlich gelagerten [Übung](#), die von der [Nuclear Threat Initiative](#) (NTI), einer NATO-nahen [US-NGO](#), im Rahmen der Münchener Sicherheitskonferenz [durchgeführt](#) wurde.

Doch zurück zur Brundtland Kommission – beziehungsweise zur, neben der Namensgeberin, wichtigsten Person der Gruppe: [Maurice Strong](#). Strong [verantwortete](#) nicht nur die UN-Konferenz 1972 in Schweden, die [Earth Summit](#) 1992 in Rio de Janeiro (Brasilien) und die Lancierung des UNEP, sondern infolgedessen auch die [Gründung](#) des IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) im Jahr 1988. Resultat des 92er Meetings in Rio waren fünf wegweisende Dokumente: [Rio-Deklaration](#) zu Umwelt und Entwicklung, [Forest Principles](#), [Konvention zur Biodiversität](#), [Rahmenübereinkommen](#) der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen – und die [Agenda 21](#). Vorläufer der Agenda 2030.

Maurice Strong globalisierte die Umweltbewegung. Er veränderte ihren Fokus – weg von realem Umweltschutz, der sich aus begründeter Kritik am Konzernkapitalismus speiste, hin zum nichts- und allessagenden »Klimaschutz« – und legte damit den Grundstein für den weithin umweltschädlichen Nachhaltigkeitskorporatismus der Gegenwart. Für die »Green Economy«. Die britische Zeitung [The Telegraph](#) bezeichnete ihn 2015 als den »Mann, der den Klimawandel erfand«. Bei der Verfolgung seiner Ziele verließ er sich auf bewährte Techniken der Manipulativkommunikation.

»Dies ist nicht nur eine technische Frage. Jeder Mensch handelt aufgrund seines inneren Lebens, seiner moralischen, spirituellen und ethischen Werte. Globale Vereinbarungen werden dann wirksam sein, wenn sie im individuellen Engagement der Menschen verwurzelt sind, das aus ihrem eigenen inneren Leben erwächst«, so [Strong](#).

Der aus Strongs Ansatz resultierende Erfolg bei der Transformation der graswurzelhaften Umweltbewegung in Richtung supranationaler Strukturen sorgte nicht überall für Begeisterung. So musste er sich in einem Interview mit dem [Guardian](#) im Juni 2010 auch Fragen über seine Verbindungen zu den Rothschilds, Rockefellers, zu Global Governance, Eugenik und Depopulationsplänen gefallen lassen. Diese beantwortete Strong eher verhalten, verwies darauf, Edmund Rothschild nur flüchtig gekannt, für die Rockefeller Foundation gearbeitet und mit Ted Turner, einem [Advokaten](#) für [Depopulation](#), für die Gründung der [UN Foundation](#) kollaboriert zu haben. Auch eine Weltregierung lehne er ab – stattdessen müssten die UN-Mitgliedsstaaten künftig enger zusammenarbeiten. Wenige Absätze später lobt Strong dann aber die Ein-Kind-Politik Chinas und redet den Visionen seines von Eugenik begeisterten Mentors David Rockefeller das Wort. Kein Zufall. Ganz so lose waren Strongs Verbindungen zur Rockefeller-Dynastie nämlich nicht.

Als Maurice Strong im Jahr 1947 auf den damaligen [UN-Schatzmeister](#) Noel Monod traf, verschaffte dieser ihm einen Einstiegsposten bei den Vereinten Nationen. Strong war gerade einmal 18 Jahre alt. Darüber hinaus teilten sich die beiden ein Apartment in New York. Monod war es auch, der seinen Mitbewohner mit jenem Mann in [Kontakt](#) brachte, der verantwortlich für Strongs Bilderbuchkarriere werden sollte – David Rockefeller. Ein Öl-Magnat, der mit der Finanzierung, respektive [Gründung](#) von [UN](#), [Club of Rome](#), [WWF](#), [1001: A Nature Trust](#) oder dem [Good Club](#) in den kommenden Jahrzehnten wie kaum ein anderer die öffentliche Wahrnehmung des Themenkomplexes Umwelt beeinflussen sollte. Wo auch immer Strong fortan lebte, ob in Alberta (Kanada) oder in Nairobi, stets arbeitete er im Dunstkreis von Rockefeller-Unternehmen.

Auf dem Höhepunkt seiner Karriere als Öl-Unternehmer berief man Strong zum Chef der kanadischen [Power Corporation](#), einem Energiekonzern, dem aufgrund seiner engen Verflechtungen mit der Spitzenpolitik der Ruf eines Königs-machers vorausieht. Und das sollte auch unter Strong so bleiben. Eine seiner ersten Rekrutierungen: [James Wolfensohn](#), 1995 bis 2005 Präsident der Weltbank. Ein zweiter: Paul Martin, künftiger [Premierminister](#) von Kanada.

1966 hatte Strong seine politischen Kontakte weit genug ausgebaut, um seinen lukrativen Posten als Chef der Power Corporation niederzulegen. Von nun an beaufsichtigte er in staatsnaher Rolle die Gründung der CIDA (Canadian International Development Agency) sowie des IDRC (International Development Research Center), zweier Entwicklungshilfeorganisationen. Der Journalistin Elaine Dewar, die Maurice Strong für ihr [Buch](#) »Cloak of Green« interviewte, erklärte dieser:

»Das IDRC hatte eine Klausel in seinen Statuten, die es ihm erlaubte, Geld direkt an Einzelpersonen sowie an Regierungen und private Organisationen zu geben. Es wurde als Unternehmen gegründet und berichtete dem Parlament über den Außenminister. Sein Verwaltungsrat sollte Privatpersonen und sogar Ausländer umfassen. (...) Da das IDRC nicht als Vertreter der Krone gegründet wurde (wie CIDA), konnte es sowohl Spenden von Unternehmen und Einzelpersonen als auch staatliche Mittel entgegennehmen.«

Zu diesen spendablen Unternehmen und Privatpersonen, die dem IDRC Geld zukommen ließen, gehörten auch Rockefellers Chase Manhattan Bank und die Rockefeller Foundation. Strong räumte im Gespräch mit Dewar ein, dass das IDRC als quasi-staatliche Organisation in der Lage war, politischen Einfluss in den Entwicklungsländern geltend zu machen. Dieser massive Einfluss wiederum bewegte den schwedischen UN-Botschafter dazu, Strong als Leiter der bevorstehenden UN-Konferenz in Stockholm vorzuschlagen. Akkreditiert wurde er dort als Treuhänder der Rockefeller Foundation, die in der Folge sein Büro und sonstige Auslagen finanzierte. So mauserte sich der Gipfel von 1972 zum Meilenstein der Globalisierung von Umweltfragen – und bildete die Grundlage zur Etablierung des UNEP. [Gründungsdirektor](#): Maurice Strong.

Die Brundtland Kommission war also alles andere als eine Gruppe besorgter Umweltaktivisten. Es war ein [trojanisches Pferd](#) der Konzerneliten. Vier Jahre nachdem die von Strong und Brundtland geleitete Kommission ihre Arbeit aufgenommen hatte, stellte sie ihre Ergebnisse vor – in Form eines 1987 veröffentlichten, 300 Seiten umfassenden [Papiers](#) namens »Our Common Future«, besser bekannt als der [Brundtland Report](#).

Im gleichen Jahr fand in Denver, Colorado (USA) der [4th Wilderness Congress](#) statt. Anwesend waren neben Maurice Strong auch David Rockefeller, Edmund de Rothschild – den Strong angeblich nur flüchtig kannte – und James Baker. Kernthema des Meetings: Die künftige Finanzierung der Umweltbewegung, welcher Strong durch sein Wirken bei der UN massiven Aufwind verschafft hatte. [Aufzeichnungen](#) der Konferenz, die dank des Whistleblowers [George Hunt](#) online verfügbar sind, belegen, dass Rothschild im Rahmen dieses Meetings eine »Weltnaturschutzbank« forderte, die er als Finanzierungsmechanismus für einen »zweiten Marshallplan«, einen »Schuldenerlass« in der Dritten Welt und die Förderung »nachhaltiger Entwicklung« vorsah.

Sein Wunsch sollte in Erfüllung gehen, als Strong fünf Jahre später dem UN-Meeting in Rio vorstand. Denn 1992 wurde nicht nur die Agenda 21 verabschiedet, sondern auch der [Global Environmental Facility \(GEF\)](#) Leben eingehaucht – einem im Vorfeld des Gipfels initiierten Pilotprogramm der Weltbank, dass seither jährlich über eine Milliarde Dollar in den Nachhaltigkeitskorporatismus investiert und seit seiner Gründung weitere 80 Milliarden US-Dollar an Querfinanzierungen geleistet hat. Die GEF ist außerdem der Finanzierungsmechanismus für das »Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen zu Klimaänderungen« ([UNFCCC](#)), das wiederum den [korrupten](#) »Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen«, also das IPCC leitet.

Nach seinem in allen Punkten [widerlegten](#), unwissenschaftlichen Weltuntergangspostulat [The Limits to Growth](#) (1972), artikulierte der Club of Rome in seinem 1991 publizierten [Buch](#) »The First Global Revolution« das Grundmotiv des ins Haus stehenden Informationskrieges und lieferte den konspirierenden Kreisen damit die kommunikative Basis für ihre fabrizierte Mär von der meteorologischen Apokalypse.

»Auf der Suche nach einem neuen Feind, der uns einen könnte, schlugen wir vor, dass Umweltverschmutzung, die Bedrohung durch die globale Erwärmung, Wasserknappheit, Hungersnöte und dergleichen den Anforderungen entsprächen. In ihrer Gesamtheit und in ihren Wechselwirkungen stellen diese Phänomene eine gemeinschaftliche Bedrohung dar, die die Solidarität aller Völker erfordert. Wenn wir jedoch die Phänomene als den Feind bezeichnen, tappen wir in die Falle, vor der wir die Leser bereits gewarnt haben, nämlich Symptome mit Ursachen zu verwechseln. All diese Gefahren werden durch menschliches Eingreifen verursacht und können nur durch veränderte Einstellungen und Verhaltensweisen überwunden werden. Der wahre Feind ist dann die Menschheit selbst.« (S. 75)

Heutzutage kümmern sich Organisationen wie der [Council for Inclusive Capitalism](#), ein von Lynn Forester de Rothschild gegründeter Fonds mit knapp hundert Mitgliedern, der eine Billion mehr Kapital verwaltet als BlackRock, oder die 2019 von [Rockefeller Philanthropy Advisors](#) gegründete [Global Commons Alliance](#) um die Umsetzung der Agenda. Wer sich die offiziellen [Partner](#) der Global Commons Alliance ansieht, erkennt rasch, dass sich hinter der vermeintlichen Philanthropie eine global vernetzte Industrie verbirgt – [C40 Cities](#), [United Nations Global Compact](#), WWF, WEF, [Club of Rome](#), [climateworks Foundation](#), [Business for Nature](#), [Ceres](#), et cetera. Das Who is Who des Biofeudalismus. Dieser ist nicht nur hochprofitabel, degradiert er doch die Natur zum Anlage- und Spekulationsobjekt, dessen Wert von [Oxford Economics](#) auf 10,3 Billionen US-Dollar taxiert wird, sondern auch ein perfekter Hebel zur Kontrolle sowohl des Systems als auch des Individuums auf Ebene seines Energieverbrauchs. Der gleiche Ansatz also, mit dem auch die [faschistische Technokratiebewegung](#) die Bevölkerung zu kontrollieren gedachte. »Der gläserne Bürger« – eine Dystopie, vor der einst leitmedial gewarnt wurde – wirkt gegen die Komplettüberwachung, die ein persönliches [CO₂-Budget](#) der Parasitärkaste eröffnet, wie ein Buch mit sieben Siegeln.

Auffällig ist, dass sich das Branding der vor [Widersprüchen](#) und [falschen](#) Prognosen strotzenden Klimapropaganda über die Dekaden verändert hat. Wo früher von »Umweltschutz« oder spezifischen »Naturkatastrophen« gesprochen wurde, diskutiert man heute »inklusive Kapitalismus«, »nachhaltige Wirtschaft«, »grünes Banking«, »Stakeholder-Kapitalismus« und »Allianzen für globale Gemeinschaftsgüter«. Als stünde nicht der Schutz des Habitats Erde im Vordergrund, sondern die Durchsetzung finanziell motivierter Partikularinteressen.

In diesem Lichte betrachtet, müssen auch die mannigfaltigen Biodiversitätsinitiativen kritisch beleuchtet werden. Denn diese zielen – wie von Maurice Strong persönlich eingeräumt – vor allem darauf ab, Bedürfnisse anzusprechen, die »im individuellen Engagement der Menschen verwurzelt sind«. Nur dann sind sie »erfolgreich«. Und wer von uns hegt nicht ein intrinsisches Interesse daran, seinen Lebensraum, die Wälder, Meere und bedrohten Tierarten zu schützen? Dass solche Schutzbemühungen aber durchaus ein zweischneidiges Schwert sein können, geht im Rausch jener Emotionen unter, die Bildmaterial von den zahlreichen Schändungen an Mutter Natur verständlicherweise auslöst.

Und nachdem sich vor allem Großindustrie, Energieerzeuger und Hochfinanz für die postmoderne Variante des Umweltschutzes engagieren – also Zirkel, die ohne Aussicht auf Profite gar nichts tun – stimmt es zumindest nachdenklich, wenn das [Übereinkommen über die biologische Vielfalt](#) (Convention on Biological Diversity, CBD) der Vereinten Nationen in seinem [Report](#) vom Februar 2020 [fordert](#), dass »mindestens 30 Prozent des Planeten bis zum Jahr 2030 unter Schutz gestellt werden müssen«. Welche konkreten Maßnahmen damit verknüpft sein werden, dürfte sich im Rahmen der [COP16](#), der nächsten »United Nations Biodiversity Conference« herauskristallisieren, die vom 21. Oktober bis zum 1. November 2024 in Cali (Kolumbien) stattfindet.

Wie derartige Vorhaben sich entwickeln, lässt sich exemplarisch am Beispiel von [Natura 2000](#) erkennen, einem zusammenhängenden Netz von Schutzgebieten innerhalb der Europäischen Union, das auf der [Vogelschutzrichtlinie](#) von 1979 basiert, seit 1992 jedoch unter neuem Namen ausgebaut wird. Die von Natura 2000 in Beschlag genommen Gebiete umfassen heute bereits 18,6 Prozent der Landfläche sowie sieben Prozent der Meeresfläche der EU. Zweck der Initiative ist die Umsetzung der 1992 von allen EU-Mitgliedsstaaten verabschiedeten [Richtlinie 92/43/EWG](#) – »Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie« genannt. Diese ist das zentrale Rechtsinstrument der Europäischen Union, um die im gleichen Jahr in Rio de Janeiro eingegangenen Verpflichtungen zum Schutz der biologischen Vielfalt ([Biodiversitätskonvention](#)) umzusetzen.

Das Natura-2000-Schutzgebietsnetz umfasst neben den seit 1992 aufgenommen Regionen auch alle Territorien, die gemäß der 2009 überarbeiteten Vogelschutzrichtlinie unter Schutz gestellt wurden und werden. Gebiete, deren Klassifikation nach Maßgaben

der Vogelschutzrichtlinie erfolgt (Special Protection Areas, SPA), erhalten den Status eines besonderen Schutzgebiets – im Gegensatz zu Natura-2000-Gebieten – unmittelbar nach der entsprechenden Meldung an die Kommission. Ganz ohne offizielles Bewertungsverfahren.

Um die Vorgaben der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie zu erfüllen, müssen die EU-Mitgliedsstaaten der Europäischen Kommission regelmäßig geeignete Gebiete innerhalb ihrer Gemarkung vorschlagen. Dazu übermitteln die Staaten Standarddatenbögen, die den Aufbau eines europäischen Datenbanksystems zur Verwaltung von Natura-2000-Gebieten sicherstellen. Stimmt die Kommission diesen Vorschlägen zu, sind die jeweiligen Länder verpflichtet, die Gebiete so schnell wie möglich, spätestens jedoch nach sechs Jahren, endgültig unter Schutz zu stellen. Die Kosten für diesen bürokratischen Akt belaufen sich nach Schätzungen aus Brüssel auf [10,2 Milliarden](#) Euro pro Jahr.

Was 1979 als verhaltene Vogelschutzinitiative seinen Anfang nahm, hat unter [Ägide](#) der gesichtslosen EU-Bürokratie mittlerweile beachtliche Teile Europas in Beschlag genommen. Die interaktiven [Karten](#) und [Diagramme](#) auf der [Webseite](#) von Natura 2000 sprechen für sich. Vergegenwärtigt man sich, dass gemäß offizieller [Listen](#) über einhundert weitere bi- und multilaterale Umweltabkommen existieren, wird rasch deutlich, dass weite Teile der planetaren Gemeinschaftsgüter der planetaren Gemeinschaft gar nicht mehr zur Verfügung stehen. Sie unterstehen dem Schutz der »*regelbasierten internationalen Ordnung*«.

Wer diese vertritt, zeigt sich zum Beispiel anhand der [Protect Our Planet Challenge](#) – einer NGO, die sich unter anderem aus [Bezos Earth Fund](#), [Bloomberg Philanthropies](#), [Gordon and Betty Moore Foundation](#) und [Arcadia Fund](#) zusammensetzt und die Vereinten Nationen mit einer Milliarde Dollar unterstützen will, um das Ziel »30x30« zu erreichen.

Das Bestreben der »*Super Class*«, weite Teile des Planeten vor dem Zugriff der planetaren Gemeinschaft zu schützen, kann in Anbetracht der gängigen Geschäftspraktiken dieser Kaste durchaus als neofeudalistischer Landraub interpretiert werden. Besonders in der Agrarwirtschaft hält man mit derartigen [Vorwürfen](#) nicht hinterm Berg – denn 30x30 gefährdet die Nutzung von Anbauflächen und damit die Nahrungsmittelgrundversorgung. Auch die amerikanischen [Ureinwohner](#) verwehren sich gegen derlei Pläne. Sie fürchten eine weitere Beschneidung ihrer beschämend kleinen Reservate. Selbst in der ein oder anderen [Zeitungsredaktion](#) und der US-Politik regte sich Widerstand gegen die 30x30-Pläne. So brachte eine Abgeordnete aus dem Bundesstaat Colorado im Frühjahr 2021 einen [Gesetzesvorschlag](#) ein, der die Umsetzung dieser UN-Vorhaben durch Washington blockieren sollte. »*Land-grab*« – Landraub – ist dabei die gängige Beschreibung dessen, was der Bevölkerung in Aussicht gestellt wird.

Zu Recht. Schon 2011 publizierte die unlängst verstorbene Rosa Koire das [Buch](#) »*Behind the Green Mask*« – hinter der grünen Maske – und machte deutlich, um was es bei der vordergründig unterstützenswert erscheinenden Agenda 21 wirklich geht: Neofeudalismus.

Nicht von ungefähr warnte auch die [Minority Rights Group](#) (MRG), eine Organisation, die sich seit 1969 mit nunmehr 300 Partnern in über 60 Ländern für die Rechte indigener Völker und »*nachhaltige Entwicklung*« engagiert, in einem [Artikel](#) vom 2. September 2020 eindringlich vor der Unterschützstellung von 30 Prozent des Planeten. Sie verwies dabei auf einen [Appell](#), dem sich im Herbst 2020 ganze 128 Menschenrechtsorganisationen anschlossen. Dieser prognostiziert, dass der geplante Landraub »*hunderte Millionen von Menschen zu Vertriebenen machen*« könnte – was in der Folge neue Flüchtlingsströme verursacht. Auch [Euronews](#) griff das Thema am 8. Dezember 2022 auf, um festzuhalten, dass die Pläne der UN speziell für indigene Völker »*vernichtend*« wirken dürften.

Mahner gab und gibt es genug. Seit Jahren und Jahrzehnten. Doch Fakten, Logik und Argumente dringen im publizistischen Ringen mit der globalen Propagandamaschine der Klimaapokalyptiker kaum zum unbedarften Rezipienten durch. Rockefeller, Rothschild, Strong, Brundtland, Charles III. – der »[Sustainable Prince](#)« (M. Veon, 1997) – und Co. haben ein Narrativ geschaffen, dessen Erregungspotential seinesgleichen sucht. Gegen Emotionen, ausgelöst durch herzergreifende Geschichten, dramatische Bilder und das Heraufbeschwören von Urängsten haben Fakten es nicht leicht.

Das kann ich aus eigener Erfahrung bestätigen. Seit meiner Kindheit interessiere und engagiere ich mich intensiv für Tier- und Umweltschutz. Nur aus diesem Grund hegte ich bereits als Kind einen Groll gegenüber Unternehmen, die sich aus Profitgier an der Natur vergehen. Und gegenüber Menschen, die das Seelenleben von Haus-, Nutz- oder Wildtieren missachten. Meine tiefsitzende Liebe zur Natur war der Ausgangspunkt meiner Systemkritik. Umso mehr schmerzt es mich, dass das was ich in den 80ern als Umweltschutzbewegung kennengelernt habe, heute kaum noch etwas mit Umweltschutz zu tun hat – und sich dies nur einer relativ geringen Anzahl von Mitmenschen vermitteln lässt.

Die Großkonzerne vergewaltigen Mutter Erde wie eh und je: Rücksichtsloser Raubbau, Verseuchung der Gewässer, Artensterben, Mikroplastik in Weltmeeren und ihren Bewohnern, Chemieunfälle, überdüngte Böden, schwindende Regenwälder, moderne Sklaverei beim Abbau seltener Erden für die digitale Dystopie, genmanipulierte Nahrungsmittel – all das, was die Umweltschutzbewegung dereinst verbessern, bekämpfen, verhindern oder abschaffen wollte, ist unter den Sektierern der Klimawandelreligion nur schlimmer geworden.

So kann ich auch den Plänen der UN, bis in sechs Jahren ganze 30 Prozent des Planeten unter Schutz stellen zu wollen, wenig abgewinnen. Denn was die Vereinten Nationen als »*Schutz*« anpreisen, bedeutet für die planetare Gemeinschaft vermutlich nichts anderes als Enteignungen und Verbote. Verbote zur Nutzung planetarer Gemeinschaftsgüter. Das beschränkt nicht nur den weltweit verfügbaren Siedlungs- oder Agrarraum, sondern blockiert auch den Zugriff auf natürliche Ressourcen wie Wasser. Obendrein bedeutet das endgültige Unterschützstellen eines Gebiets, das in der Folge von einer demokratisch nicht



legitimierten, supranationalen Organisation verwaltet wird, de facto eine Enteignung von Volksvermögen. Frei nach dem Motto: Verluste sozialisieren – Gewinne privatisieren.

Des Weiteren ist absehbar, wie dieser »*Landraub*« sich über die nachfolgenden Generationen entwickeln wird. Aus 30 Prozent werden 40. Und dann 50. Und dann – kommt irgendwann der Punkt, an dem die genetisch modifizierten Bewohner der Steuerfarm von morgen gar nicht mehr verstehen, worüber ihre primitiven Vorfahren vor einem halben Jahrhundert in puncto überbordender Urbanisierung, Beschneidung der Individualmobilität oder 15-Minuten-Städte lamentierten. Denn außerhalb digital aufgehübschter Betonwüsten steht ihnen kein natürlicher Lebensraum mehr zur Verfügung. Der ist geschützt. Meint: Gesperrt.

Wer die Umwelt schützen will, muss sie verstehen. Wahrhafte Bemühungen um das Habitat Erde beginnen demnach mit Bildung. Und vor allem damit, dass Menschen wieder wertschätzen, in symbiotischem Einklang mit ihrer Umwelt zu leben. Unsere Spezies braucht eine stabile Verbindung zu Mutter Natur – nicht zum nächstgelegenen Hotspot.